

→ **FORDERUNGSPAPIER**

Raus aus der fossilen Krise: Unabhängigkeit von Öl und Gas beschleunigen

Der Angriff auf den Iran und die damit verbundenen Kriegshandlungen bedeuten in erster Linie unermessliches menschliches Leid. Sie treffen auch unschuldige Zivilist:innen, die ein Leben in Frieden, Sicherheit und Würde verdienen. Die Blockade zentraler Transportwege, Angriffe auf Energieinfrastruktur und die damit verbundenen massiven Preissteigerungen auf den globalen Energiemärkten verdeutlichen aber auch wiederholt, wie abhängig unsere Wirtschaft noch immer von fossilen Importen ist. Wie in der Energiekrise 2022 in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine heizen unsere Abhängigkeiten Inflation und wirtschaftliche Unsicherheit an. Und sie machen uns geopolitisch erpressbar, in Zeiten, in denen Europa stärker denn je gefordert ist, seine demokratische Souveränität zu verteidigen.

Die steigenden Energiepreise wirken sich bereits deutlich auf den Alltag und die Wirtschaft aus. Innerhalb von zehn Tagen entstanden in der EU zusätzliche Kosten von 2,5 Milliarden Euro. Gasbasierter Strom wurde um 50 Prozent teurer, was die Preise in Ländern mit hohem Gasanteil an der Stromproduktion nach oben treibt: Deutschland beispielsweise ist deutlich stärker betroffen als Spanien.

Auch die Preise für mittels Erdgas produzierten synthetischen Stickstoffdünger steigen. Diese Entwicklung gefährdet weltweit die Ernährungssicherheit, besonders in Regionen, die ohnehin verwundbar sind. Die Situation zeigt, wie dringend ein widerstandsfähiges Agrar- und Ernährungssystem benötigt wird, das unabhängig von fossilen Düngemitteln funktioniert.

In der Krise geht es nicht nur um Öl- und Gaspreise, sondern um Resilienz gegenüber globalen Schocks und hohen Kosten für die Allgemeinheit und die Wirtschaft. Ein konsequenter Fokus auf die Elektrifizierung, der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien sowie eine konsequente Kreislaufwirtschaft schützen uns vor weiteren fossilen Krisen und sichern den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Klimapolitische Rückschritte, wie sie gerade geplant sind, verstärken Deutschlands Abhängigkeiten, treiben die Energiepreise und gefährden damit den sozialen Frieden im Land.

Eine Agenda für energiepolitische Widerstandsfähigkeit umfasst daher mehr als den Energiesektor. Sie muss die fossilen Schwachpunkte in allen Sektoren adressieren. Dafür machen wir konkret folgende elf Vorschläge:

1. Ausbau erneuerbarer Energien stärken

Erneuerbare Energien sind die zentrale Säule für Energiesouveränität. Sie sind die Voraussetzung für die klimaneutrale Elektrifizierung der anderen Sektoren. Windkraft an Land und Solarenergie müssen konsequent und naturverträglich ausgebaut werden, um stabile, regionale und krisenfeste Energiequellen zu schaffen. Die Pläne von Bundeswirtschaftsministerin Reiche müssen gestoppt werden. Die von ihr geplanten Neuregelungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und dem Netzpaket drohen den Ausbau der Wind- und Solarenergie jäh zu beenden.

Stattdessen braucht es:

- **Stärkung des EE-Ausbaus:** Erhöhung der Ausschreibungsmengen von Windkraft an Land um mindestens 12 Gigawatt in den nächsten drei Jahren, wie im Klimaschutzprogramm angelegt, um die fehlenden gesetzlichen Mengen auszugleichen. Aufgrund der prognostizierten Lücke bei Wind auf See sind außerdem zusätzliche Kapazitäten bei anderen erneuerbaren Energien nötig. Hybride Offshore-Projekte, die Windparks mit mehreren Strommärkten verbinden oder grenzüberschreitend angebundene Windparks, bieten zudem große Potenziale für eine effiziente Energiegewinnung.

- **Konsequenter Ausbau und Modernisierung der Stromnetze:** Der Stromnetzausbau, insbesondere in den Verteilnetzen, muss bedarfsgerecht, naturverträglich und sozial ausgewogen vorangetrieben und digitalisiert werden. Zusätzlich sollten die Potenziale eines integrierten europäischen Stromsystems voll ausgeschöpft werden.
- **Einspeisevergütung für Dach-PV erhalten und bundeseinheitlichen Solarstandard einführen:** Solaranlagen auf den Dächern müssen zum Standard werden, um die ungenutzten Potenziale unserer Dächer, auf Gebäuden und Parkplätzen im Neubau sowie anlassbezogen im Bestand zu nutzen. Die Einspeisevergütung für kleine PV-Anlagen ist das Rückgrat privater Investitionen in erneuerbare Energien und reizt die weitere Elektrifizierung bei Mobilität und Gebäudewärme an.
- **Stromsteuer für alle senken:** Um Elektrifizierung anzureizen und die Belastung von Verbraucher:innen und Wirtschaft zu reduzieren, muss die Bundesregierung ihr Versprechen umsetzen und die Strompreise für alle senken.

2. Soziale Wärmewende statt fossiles Heizen

Ein beschleunigter Umstieg auf erneuerbare Heizungen wie Wärmepumpen und die Steigerung der Effizienz von Gebäuden ist notwendig, um Klimaziele zu erreichen und Haushalte vor steigenden Heizkosten zu schützen. Das geplante Gebäude-Modernisierungsgesetz (GMG) setzt dagegen auf den weiteren Einbau von Öl- und Gasheizungen, verlängert fossile Abhängigkeiten und wälzt die Risiken vor allem auf Mieter:innen ab. Die Bundesregierung hat zudem angekündigt, die EU-Gebäuderichtlinie auf EU-Ebene abschwächen zu wollen, statt die Chance zu ergreifen, endlich eine sozialverträgliche Sanierungsoffensive zu starten.

Dafür braucht es:

- **Klare Regeln für erneuerbares Heizen:** Das Gebäude-Modernisierungsgesetz (GMG) muss den Umstieg auf erneuerbare Heizsysteme absichern und den Einbau neuer Öl- und Gasheizungen verhindern. Kostenfallen durch teure Brennstoffe wie Biomethan oder Wasserstoff müssen ausgeschlossen werden.
- **Die energetisch schlechtesten Gebäude zuerst sanieren:** Es braucht eine zügige, ambitionierte und sozial gerechte Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie (EPBD). Entsprechend dem Prinzip „worst first“ muss die Sanierung der energetisch ineffizientesten Gebäude höchste Priorität haben. Dazu gehört vor allem, Mindesteffizienzstandards für Gebäude einzuführen und durch eine Reform der Modernisierungsumlage für warmmietenneutrale Sanierungen zu sorgen.
- **Wirksame und sozial gestaffelte Förderung:** Es bedarf einer stabilen Ausstattung der Förderung für effiziente Gebäude mit mindestens 17 Mrd. Euro pro Jahr. Die Fördersätze für Effizienzmaßnahmen müssen angehoben und die soziale Staffelung weiterentwickelt werden. Ergänzend dazu benötigen wir die Aufstockung der Fördermittel für erneuerbare Wärmenetze auf mindestens 3,5 Mrd. Euro pro Jahr.

3. Keine neue Abhängigkeit durch Flüssigerdgas (LNG)

LNG schafft langfristige Abhängigkeiten, bindet Kapital und verzögert den Übergang in ein klima-freundliches Energiesystem. Strategisch sinnvoll ist nur der Ausbau echter erneuerbarer Alternativen wie grüner Wasserstoff.

Dafür braucht es:

- **Keine langfristigen Gasverträge:** Flüssigerdgas (LNG) wird auf dem Weltmarkt gehandelt. Langfristige Lieferverträge mit einzelnen Staaten zementieren lediglich fossile Abhängigkeit und Erpressbarkeit. Die EU darf sich durch den Handelsdeal gegenüber den USA nicht zu milliardenschweren fossilen Energieimporten verpflichten.
- **Keine weitere neue LNG-Infrastruktur:** Statt immer neue LNG-Projekte umzusetzen, braucht es einen Planungsstopp. Das betrifft neue Projekte für Terminals in Deutschland wie auch Exportanlagen

in den Förderländern. Die Bundesregierung darf diese nicht durch staatliche Garantien absichern und anreizen.

- **Rechtsrahmen für Gasnetzstilllegungen:** Die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) zur Umsetzung des europäischen Gasbinnenmarkt-Pakets muss zeitnah umgesetzt werden und Kommunen und Verbraucher:innen eine klare Perspektive für die Abkehr von fossilem Gas bieten.

4. Keine neuen Gaskraftwerke ohne Dekarbonisierungs-Fahrplan

Der Bau neuer Gaskraftwerke, die keinen klaren und frühzeitigen Pfad zur Klimaneutralität über den Einsatz von grünem Wasserstoff aufweisen, wird fossile Strukturen über Jahrzehnte festschreiben und teuer für die Allgemeinheit. Deutschland benötigt flexible, erneuerbare und speicherbasierte Kapazitäten.

Dafür braucht es:

- **Vorrang für Flexibilität:** Es braucht gezielte Maßnahmen, die die Alternativen zu Kraftwerken wie Speicher und Nachfragemanagement heben, damit Erzeugung und Verbrauch von erneuerbarem Strom besser ineinandergreifen.
- **Kraftwerke nur mit verbindlichen Umstellungsplan:** Gaskraftwerke dürfen nur dann zugebaut werden, wenn sie nachweislich benötigt und ab 2035 mit grünem Wasserstoff betrieben werden. Die Ausschreibungen im Rahmen des Kraftwerkssicherheitsgesetzes müssen entsprechend angepasst werden.
- **Zubau von Gaskraftwerken auf das Nötigste begrenzen:** Die Ausschreibung gesicherter Leistungen sollte wettbewerblich und unter Priorisierung von Speichern und weiteren Flexibilitätsoptionen erfolgen, um Überkapazitäten an teuren Gaskraftwerken zu vermeiden.

5. Schnelle Elektrifizierung des Straßenverkehrs

Um fossile Abhängigkeiten im Verkehrssektor zu reduzieren, ist ein klarer politischer Fokus auf Elektromobilität entscheidend. Klare politische Rahmensetzung verhindert Fehlinvestitionen der Automobilindustrie und stärkt so langfristig ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Dafür braucht es:

- **Ein Ende der Neuzulassung von Verbrenner-PKW und plug-in Hybriden in der EU bis spätestens 2035,** verbindliche Elektrifizierungsziele für Unternehmensflotten und ein klares Bekenntnis zur Elektrifizierung des Straßengüterverkehrs.
- **Die Einführung eines Tempolimits** auf Autobahnen und die Absenkung der Höchstgeschwindigkeit für Pkw auf Landstraßen als schnell wirksame Maßnahme in Reaktion auf die Ölkrise und zur langfristigen Senkung der Emissionen.
- **Ein Bonus-Malus-System beim Autokauf:** Um den Kauf von E-Autos anzureizen, sollte ein Bonus-Malus System eingeführt werden, das einen finanziellen Anreiz weg vom Verbrenner und hin zum Elektroauto bietet.
- **Eine Reform der Dienstwagenbesteuerung:** Um die Nutzung von E-Autos als Dienstwagen deutlich attraktiver zu machen, sollte der pauschale Steuersatz für Verbrennerfahrzeuge von derzeit einem auf zwei Prozent angehoben werden. Mehr Elektro-Dienstwagen lassen auch den dringend benötigten Gebrauchtwagenmarkt für E-Autos wachsen.
- **Keine Förderung von Plug-In Hybriden:** Die Antriebswende bei Pkw muss sich auf batterieelektrische Fahrzeuge konzentrieren - die bei weitem effizienteste Antriebsart. Plug-In Hybride sind keine Brücke zur Elektromobilität, sondern verlängern lediglich fossile Geschäftsmodelle.

6. Umstieg auf klimafreundliche Alternativen stärken – Bahn und ÖPNV massiv ausbauen

Ein starker, verlässlicher und attraktiver ÖPNV und eine funktionierende Bahn reduzieren die Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr, senken den Energieverbrauch und stärken soziale Teilhabe. Sie sind ein unverzichtbarer Baustein eines souveränen, nachhaltigen Mobilitätssystems und schützen insbesondere einkommensschwache Menschen vor Preissprüngen an der Tankstelle.

Dafür braucht es:

- **Bessere Finanzierung der Bahn:** Die Bahn braucht einen deutlichen Anstieg der Schienen-Investitionen auf mindestens 27 Mrd. Euro pro Jahr und verlässliche mehrjährige Finanzierungszusagen.
- **Eine Soforthilfe für den Nahverkehr:** Insbesondere die Kommunen benötigen Mittel in Höhe von 2,88 Mrd. Euro zur Absicherung von Bestandsverkehren und zur flächendeckenden Modernisierung des deutschen ÖPNV. Es braucht eine bedarfsgerechte Aufstockung der Bundes- und Landesmittel im Regionalisierungsgesetz und eine ambitionierte Fortentwicklung der ÖPNV-Finanzierung.
- **Soziales Deutschlandticket:** Zusätzlich zur langfristigen Finanzierung eines kostengünstigen Deutschlandtickets braucht es ein vergünstigtes, bundesweit einheitliches Sozialticket.

7. Elektrifizierung der Industrie – starkes Industriepaket zur Unterstützung des ETS1

Die Industrie benötigt Planungssicherheit und Investitionsanreize, um von fossilen Brennstoffen auf elektrifizierte und klimaneutrale Prozesse umzusteigen und den Energieverbrauch zu senken. Grundlage ist der europäische Emissionshandel (ETS): Das Preissignal muss erhalten bleiben und in seiner Lenkungswirkung für die Förderung neuer Investitionen gestärkt werden. Ein starkes Industriepaket muss die Unternehmen gezielt unterstützen, vor Ort in klimaneutrale Produktionsweisen zu investieren. Dies sichert langfristig Arbeitsplätze und unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Dafür braucht es:

- **Verstetigte Finanzierungsinstrumente:** Förderinstrumente wie die Klimaschutzverträge und die Bundesförderung Industrie und Klimaschutz müssen ausgebaut und konsequent auf transformative Investitionen ausgerichtet werden.
- **Stärkung der Elektrifizierung:** Für die Elektrifizierung der Industrie braucht es wettbewerbsfähige Strompreise. Diese können auf lange Sicht nur durch den Ausbau von erneuerbaren Energien sowie einen flexiblen Energiebezug von Industrieanlagen erreicht werden. Als kurzfristiges Instrument muss ein Industriestrompreis gezielt auf die Förderung von Elektrifizierung ausgerichtet werden.
- **Grüne Leitmärkte:** Um Investitionen in die Klimaneutralität und die Abkehr vom fossilen Geschäftsmodell zu ermöglichen, braucht es verlässliche Nachfrage. Im ersten Schritt sollte der Bund als Ankereinkäufer auftreten und dazu wie im Klimaschutzprogramm angekündigt schnellstmöglich die entsprechende Verordnung im Vergaberecht nutzen, um steigende Quoten für klimafreundliche Grundstoffe festzulegen.

8. Keine Irrwege bei Biomasse

Bioenergie, biogene Kraftstoffe und eine ausgeweitete Biomassenutzung sind nicht die Antwort auf den Ausstieg aus fossiler Energie. Die exzessive Nutzung von Biomasse ist eine ökologisch riskante Scheinlösung, da sie einen hohen Flächenverbrauch hat und wertvolle Ökosysteme belastet. Zudem ist Biomasse nicht gut skalierbar, steht in Konkurrenz zur Ernährungssicherheit und schafft erneute Importabhängigkeiten. Stattdessen brauchen wir intakte Wälder, Moore, Gewässer und Renaturierung, um auch langfristig die Resilienz unserer Wirtschaft und Gesellschaft zu sichern. Dafür braucht es verlässliche natürliche CO₂-Senken. Naturschutzstandards dürfen daher nicht abgeschwächt werden; ihre konsequente Umsetzung – etwa durch die EU-Wiederherstellungsverordnung – ist zentral.

Stattdessen braucht es:

- **Sofortige Beendigung der staatlichen Förderung für Kraftstoffe aus Anbaubiomasse:** Im Rahmen der Umsetzung der europäischen Erneuerbare Energien-Richtlinie (RED III) muss die Bundesregierung die staatliche Förderung für Kraftstoffe aus Anbaubiomasse sofort beenden, um gravierende Auswirkungen auf Natur und Klima zu verhindern.
- **Kein Einsatz von Biomethan im Gebäudesektor:** Die Nutzung von Ackerflächen zur Herstellung von Biomethan zum Heizen ist hochgradig ineffizient. Auf einem Hektar Ackerfläche können mit Windkraftanlagen etwa 400-mal mehr Strom erzeugt werden als Wärme über Biomethan. Aufgrund der deutlich höheren Effizienz von Wärmepumpen könnte dieselbe Fläche am Ende 1.200-mal mehr Wärme für Gebäudeheizungen erzeugen, wenn Windstrom statt Biomethan erzeugt wird.
- **Energetische Holznutzung begrenzen:** Derzeit wird etwa die Hälfte des in Deutschland anfallenden Holzes verbrannt. Holz sollte aber vordergründig stofflich genutzt werden, damit das CO₂ gebunden bleibt. Hierzu braucht es endlich eine politische Steuerung der Holznutzung. Biomasse sollte als Erfüllungsoption im Wärmeplanungsgesetz eingeschränkt und die Förderung von Holzverbrennung gestoppt werden.

9. Rohstoffsicherheit durch Kreislaufwirtschaft

Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft reduziert die Abhängigkeit Deutschlands vom Import fossiler und kritischer Rohstoffe massiv. Der Aufbau einer marktfähigen Kreislaufwirtschaft in Deutschland und der EU muss durch die öffentliche Beschaffung gestärkt werden. Das Aktionsprogramm Kreislaufwirtschaft muss dafür nachgeschärft werden.

Dafür braucht es:

- **Ergänzung und Umsetzung der NKWS:** Die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) ist ein wichtiger erster Schritt auf dem Weg zum zirkulären Wirtschaften. Sie muss um industriepolitische Maßnahmen ergänzt und in ein Ressourcenschutzgesetz mit verbindlichen Zielen überführt werden.
- **Förderung von Zirkularität in der Industrie:** Die Finanz- und Steuerpolitik sowie Förderinstrumente der Industrietransformation (z.B. Klimaschutzverträge) sollten Importunabhängigkeiten priorisieren und dafür stärker auf Zirkularität ausgerichtet werden.

10. Landwirtschaft unabhängig von fossilen Energien machen

Damit landwirtschaftliche Betriebe widerstandsfähiger gegenüber Preisschocks werden, die sich dann auch in Verbraucherpreisen übersetzen, muss die Landwirtschaft konsequent unabhängiger gemacht werden von fossilen Energieträgern – sowohl bei Diesel als auch bei mineralischem Dünger. Statt neue Vergünstigungen für fossile Betriebsmittel einzuführen, sollten Investitionen in klimafreundliche Landtechnik und elektrische Maschinen im Fokus stehen. Zusätzlich braucht es die Ausweitung der Förderung von humusmehrenden, von Mineraldüngern unabhängigen Bewirtschaftungsansätzen, wie insbesondere dem ökologischen Landbau und konservierender Landwirtschaft.

Dazu braucht es:

- **Düngemittleinsatz reduzieren:** Die Düngegesetzgebung zur effektiven Minderung von Stickstoff- und Phosphorüberschüssen muss weiterentwickelt werden. Es braucht eine verbindliche Verankerung einer einzelbetrieblichen, bundesweit einheitlich angewandten Nährstoffbilanzierung, um Verursachergerechtigkeit zu ermöglichen.
- **Umbau der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP):** Es braucht eine Honorierung von Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutzleistungen statt pauschaler Flächenprämien. Noch 2026 müssen die überfälligen zusätzlichen Öko-Regelungen zur Förderung der Weidehaltung und zur Verbesserung der Biodiversität eingeführt werden. Für die GAP nach 2027 müssen zudem wirksame Umweltstandards abgesichert sowie ein verbindliches Mindestbudget für Umweltmaßnahmen verankert und ausgeweitet werden.

- **Stärkung des Ökolandbaus:** Gesamtbetriebliche Leistungen des Ökolandbaus für Umwelt-, Klima- und Tierschutz müssen stärker genutzt und honoriert werden. Die Mittel zur Förderung des Ökolandbaus, für das Bundesprogramm Ökologischer Landbau (BÖL) und in der Forschung müssen angehoben werden.

11. Fossile Subventionen schnell und sozialverträglich abbauen und Verursacherprinzip durchsetzen

Fossile Subventionen verzerren Preise, fördern klimaschädliche Strukturen und erschweren den Wandel hin zu einem unabhängigen, nachhaltigen Energiesystem - sie müssen schnell und sozialverträglich abgebaut oder umgewidmet werden. Freiwerdende Mittel sollten gezielt in die klimafreundliche Transformation einschließlich der Wiederherstellung von natürlichen Senken fließen. So tragen sie nicht nur zum Klimaschutz bei, sondern stärken auch die langfristige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, sichern zukünftige Arbeitsplätze und sorgen für mehr soziale Gerechtigkeit.

Die aktuelle Energiekrise und der Preisschock treffen die gesamte Europäische Union. Es braucht daher auch gemeinsame Antworten. Eine Reaktivierung der EU-weiten Solidarity Contribution – wie während der letzten Energiekrise 2022 – hat viele Vorteile. So können Übergewinne der Energiekonzerne gezielt abgeschöpft und so umgelenkt werden, dass damit Bevölkerung und Unternehmen der Ausstieg aus fossilen Technologien und den damit verbundenen Preisfallen ermöglicht wird.

Unter Mitwirkung von:



CAMPACT!
Bewegt Politik



Deutsche Umwelthilfe



GREENPEACE



Stand: April 2026

Kontakt und Rückfragen

DNR:

Tobias Pforte-von Randow, Koordinator Politik & Gesellschaft - stllv. politischer Geschäftsführer, T +49 (0) 30 6781 775 913, tobias.pfortevonrandow@dnr.de

BUND:

Tina Löffelsend, Abteilungsleitung Klimaschutz, T +49 (0) 30 275 86 433, tina.loeffelsend@bund.net

Campact:

Katrin Beushausen, Teamleitung Klimakampagne, T +49 (0) 1511 798 66 71 , beushausen@campact.de

DUH:

Constantin Zerger, Leiter Energie und Klimaschutz, T +49 (0) 30 2400867 91, zerger@duh.de

Germanwatch:

Simon Wolf, Bereichsleiter Deutsche und Europäische Klimapolitik, T +49 (0) 30 57 71 328 74, simon.wolf@germanwatch.org

Greenpeace:

Georg Kössler, Leiter Politik, T +49 (0) 40 306185432, georg.koessler@greenpeace.org

NABU:

Pauline Schur, Teamleiterin Verkehrspolitik, T +49 (0) 1525 9158575, Pauline.Schur@NABU.de

WWF:

Viviane Raddatz, Fachbereichsleiterin Klimaschutz und Energiepolitik, T +49 (0) 30 311 777 236, viviane.raddatz@wwf.de

Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V., Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen, Marienstraße 19-20, 10117 Berlin, info@dnr.de, T +49 (0) 30 / 678 1775 70, www.dnr.de